

Protokoll der 59. Sitzung

(Stand 16.11.2022)

Ort	Fulda		
Datum, Uhrzeit	2. November 2022, 10:50 Uhr bis 13:00 Uhr		
Protokollführung	Ruthardt Prager	erstellt am	03.11.2022
Sitzungsleitung	Ruthardt Prager		
Rechtsgültigkeit	14 Tage nach Versand, sofern kein Widerspruch eingeht	... ist gegeben	16.11.2022

1 Eröffnung
Ruthardt Prager hält eine Andacht. Er begrüßt die Mitglieder der neu zu bildenden ARK-EmK.

2 Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

2.1 Anwesenheit

	<u>Dienstgeber Kirche</u>	<u>Dienstnehmer Kirche</u>
Kirche 1	Gabriel Straka (entschuldigt) Stellvertretung: Uwe Saßnowski	Birgit Braeske (entschuldigt) Stellvertretung: Ruth Mittelstädt
Kirche 2	Markus Jung	Martina Klatt
	<u>Dienstgeber Diakonie</u>	<u>Dienstnehmer Diakonie</u>
Bethanien	Uwe M. Junga	Marcel Juretzko
Martha-Maria	Dr. Tobias Mähner	Torsten Bökelmann (entschuldigt) Stellvertretung: Matthias Weber
Martha-Maria	Petra Schubnell	Ralf Scholz
Geschäftsführung der ARK-EmK	Ruthardt Prager	(10 stimmberechtigte Personen)
Gäste	Jörg Hammer, Bertram Neumann	

Wahl des Vorsitzenden/der Vorsitzenden

Markus Jung wird für die nächsten zwei Jahren zum Vorsitzenden einstimmig unter Stimmenthaltung des Betroffenen gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden/der stellvertretenden Vorsitzenden

Ralf Scholz wird für die nächsten zwei Jahren zum stellvertretenden Vorsitzenden einstimmig unter Stimmenthaltung des Betroffenen gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Herr Prager bittet sowohl die Dienstgeber als auch die Dienstnehmer, die Stellvertretungen zu benennen und der Geschäftsführung mitzuteilen. Er betont, dass gerade bei der verkleinerten ARK-EmK auf Vollzähligkeit geachtet werden muss, um die Beschlussfähigkeit des Gremiums zu sichern.

Die neu gebildet ARK-EmK bestätigt, dass Jörg Hammer, Nachfolge in der Geschäftsführung der ARK-EmK und Bertram Neumann, ehemaliges Mitglied der ARK-EmK als Gäste an der Sitzung teilnehmen.

2.2 Beschlussfähigkeit

Herr Prager stellt die Beschlussfähigkeit nach § 20 ARRO fest. Die Dienstgeberseite ist mit absoluter Mehrheit vertreten. Die Dienstnehmerseite ist ebenso mit absoluter Mehrheit vertreten.

3 Feststellung und Ergänzung der Tagesordnung

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird angenommen.

4 Protokoll der 58. Sitzung vom 31. Mai 2022

Alle Beschlüsse sind klar und nachvollziehbar. Über das Protokoll wird nicht gesprochen. Es ist bereits in Kraft getreten.

5 AVR

5.1 AVR-EmK, Anlage 8 b und c

Die neuen Entgelte liegen teilweise bereits vor für DEHOGA. Sie sollen in die Anlage 8 c AVR-EmK eingearbeitet werden. Teilweise fehlen auch noch Unterlagen von Bundesländern, die in der AVR-EmK, Anlage 8 c, aufgelistet sind. Die Geschäftsführung wird erkunden, ob es sinnvoll ist, dass die ARK-EmK die Mitgliedschaft in den verschiedenen Tarifbünden von DEHOGA anstrebt, um alle Tarife zu erhalten. Das ist vor allem eine Kostenfrage. Weiterhin wird die Geschäftsführung erkunden, von welchen Bundesländern wir tatsächlich die Tarife brauchen, um sie in die AVR-EmK einzubinden.

Beschluss:

Die vorhandenen und noch beizubringenden Tarifabschlüsse werden in die aktuelle Fassung der AVR-EmK eingearbeitet und über emk.de zur Verfügung gestellt. (einstimmig)

5.2 AVR-EmK, Anlage 8a

Die Einberufung der Tarifkommission der ARK-EmK war nicht notwendig. Durch das Rundschreiben der ARK-DD vom 12.09.2022 besteht kein Bedarf, hier gesondert zu handeln. Es ist allerdings wichtig, dass die Tabellenwerte tatsächlich den Tabellenwerten des Marburger Bundes entsprechen. Hier weicht AVR-DD ab. Darum wird das Rundschreiben an dieser Stelle, was die Tabellenwerte in Anlage 8 a betrifft, modifiziert.

5.3 Bestätigung des Rundschreibens der ARK-DD vom 12.09.2022 in der modifizierten Fassung:

Die einzelnen Beschlüsse des Rundschreibens der ARK-DD werden erläutert und kommentiert. Rückfragen und Verständnisfragen werden beantwortet. Auch werden die Auswirkungen aufgrund des Mindestlohngesetzes (MiLoG) beraten. (Seit dem 1. Oktober 2022 beträgt der gesetzliche Mindestlohn 12 Euro brutto pro Zeitstunde. Das hat Auswirkung auf die Tabellenwerte in EG 1 und 2.)

Nach ausgiebiger Beratung beschließt die ARK-EmK

Beschluss:

Die in der Anlage beigefügten Regelungen aufgrund des Rundschreibens der ARK-DD vom 12.09.2022 in modifizierter Fassung gelten als beschlossen und in Kraft gesetzt. (Anlage 1) (einstimmig)

6 Arbeitsrechtsregelungsordnung
Antrag der BDS zum Einfügen einer Anlage 8 d in die AVR-EmK

Der Antrag von der Bethanien Diakonissen-Stiftung liegt vor und wird von Herrn Junga erläutert. Er beantwortet die anstehenden Sachfragen. Es schließt sich eine breite und in Teilen kontroverse Debatte an.

Zum einen gibt es Fragen, die sich auf das operative Handeln der Bethanien Diakonissen-Stiftung beziehen, auf Fragen zur Gleichbehandlung und zum Betriebsfrieden, zu ggf. hingenommener Lohnkürzung und der Bedeutung von Entlastungstagen.

Zum anderen gibt es grundsätzliche Fragen zu den Arbeitsrechtsregelungen und den Kompetenzen einer Arbeitsrechtlichen Kommission und zu einer weiteren Erweiterung der Anlagen unter Ziffer 8 und zur Grundsatzfrage von Verbindlichkeit für alle Anwender von AVR-EmK.

Herr Junga führt aus, dass es der BDS gerade um eine Gleichbehandlung aller Mitarbeitenden in ihren Kitas geht. Um dies möglichst verbindlich zu erreichen, wird die zusätzliche Anlage im AVR angestrebt. Die seitens Martha Maria vorgeschlagene einzelvertragliche Zulage scheint der BDS aufgrund der damit verbundenen Willkür in dieser Frage keine gute Lösung zu sein. Lohnkürzungen gibt es an keiner Stelle.

Aufgrund dieser Unsicherheiten will die ARK-EmK in dieser Sitzung keine Beschlüsse fassen. Sie nimmt sich vor, das Thema bei der nächsten Sitzung im Jahr 2023 abschließend und rechtssicher zu klären.

Herr Prager fordert die Mitglieder auf, im Vorfeld der Sitzung im April 2023 zu klären, ob dazu eine kleine Arbeitsgruppe eingesetzt werden soll. Solange nicht alle Sachfragen klar sind, ist es vielleicht ratsam, das Sachthema durch eine Arbeitsgruppe vorbereitend zu klären, um dann zügig in der ARK-EmK beraten und beschließen zu können.

Weiterhin empfiehlt die ARK-EmK Herrn Junga, seine Vorlage zur Grundlage einer Dienstvereinbarung zu machen, die vorläufig gültig ist und das Problem in der Stiftung erst einmal lösen hilft.

Dieses Verfahren wird einstimmig genehmigt.

7 Genehmigungsverfahren
Kein Vorgang

8 Dienstvereinbarungen

8.1 Herr Junga legt die als Anlage 8 d gekennzeichnete Vorlage als Grundlage einer Dienstvereinbarung vor, die die Bethanien Diakonissen-Stiftung gemeinsam mit ihrer MAV auf den Weg bringen wird.

Die ARK-EmK signalisiert, dass sie so einer Dienstvereinbarung, wie sie mit der Vorlage als Anlage 8d beschrieben ist, zustimmt und bittet den Vorstand und die MAV der Stiftung, so zu verfahren.
(einstimmig)

9 Verschiedenes

Termine ARK-EmK
25.04.2023, Zoom-Sitzung
26.10.2023, Zoom-Sitzung

Termine der Schlichtung (kollektivrechtlich)
(noch offen)

Vorsitzender der ARK-EmK
gez. Markus Jung, aktuell bei der Sitzung: Ruthardt Prager

Geschäftsführung der ARK-EmK
gez. Ruthardt Prager

Versand: 3.11.2022 (zu Prüfungszwecken)
erneuter Versand nach der Widerspruchsfrist und der Endredaktion am 16.11.2022

Anlagen:
Rundschreiben ARK-DD, modifiziert nach den Beschlüssen der ARK-EmK,
Tabellen „Marburger Bund“ als Anlage 8a AVR-EmK, modifiziert nach Beschlüssen der ARK-EmK

A. Veröffentlichung der Beschlüsse der Arbeitsrechtlichen Kommission der Evangelisch-methodistischen Kirche in Deutschland in der Fassung vom 2. November 2022

B. Anlagen

A. In ihrer Sitzung am 2. November 2022 hat die Arbeitsrechtliche Kommission der EmK folgende Beschlüsse gefasst:

I. Corona-Prämie für 2022

1. Mitarbeitende, Auszubildende sowie Anerkennungspraktikanten, die unter den Geltungsbereich der AVR-EmK fallen, haben Anspruch auf eine Corona-Sonderzahlung (Corona-Prämie). Ausgenommen sind Mitarbeitende
 - a. nach Anlage 8a-c AVR-EmK,
 - b. in Einrichtungen der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktförderung

- c. in Einrichtungen bzw. Einrichtungsteilen, deren Arbeitszeit in den Monaten Januar 2022 bis Dezember 2022 an mindestens 30 Kalendertagen aufgrund der Vereinbarung von Kurzarbeit um mehr als 50 v.H. reduziert war,
- d. sowie Maßnahmeteilnehmende.

Zwischen dem 1. Juli 2022 und dem 31. Dezember 2022 muss mindestens an einem Tag Anspruch auf Entgelt bestanden haben. Der Anspruch setzt das Bestehen eines Dienstverhältnisses am 1. Dezember 2022 voraus.

Anmerkungen zu Nummer 1:

- a. Die Corona-Prämie wird zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitsentgelt gewährt. Es handelt sich um eine Beihilfe bzw. Unterstützung des Arbeitgebers zur Abmilderung der zusätzlichen Belastung durch die Corona-Krise im Sinne des § 3 Nummer 11b des Einkommensteuergesetzes.
 - b. Maßnahmeteilnehmende sind Personen, die in einem geförderten Arbeitsverhältnis als Maßnahmeteilnehmende in einer Einrichtung oder einem Einrichtungsteil beschäftigt werden, deren/dessen Betriebszweck die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen ist, insbesondere in Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften, Integrationsbetrieben und Arbeitsmarktiminitiativen und -projekten (z.B. auf der Grundlage des § 16 e SGB II oder § 16i SGB II).
 - c. Einrichtungen der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktförderung sind Einrichtungen oder Einrichtungsteile, deren/dessen Betriebszweck die Eingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt ist, insbesondere Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften, Integrationsbetriebe und Arbeitsmarktiminitiativen und –projekte.
2. Anspruch auf Entgelt im Sinne des Absatzes 1 sind auch der Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, im Fall des Erholungs- bzw. Zusatzurlaubs, bei Dienstbefreiung sowie der Anspruch auf Jubiläumswendung und der Anspruch auf Krankengeldzuschuss, auch wenn dieser wegen der Höhe der Barleistungen des Sozialversicherungsträgers nicht gezahlt wird. Einem Anspruch auf Entgelt gleichgestellt ist der Bezug von Krankengeld nach § 45 SGB V oder entsprechender gesetzlicher Leistungen, Kurzarbeitergeld und der Bezug von Mutterschaftsgeld nach § 19 MuSchG.
3. Die Corona-Prämie beträgt
- | | |
|---|-------|
| a) für Mitarbeitende in den EG 1-7 | 300 € |
| b) für Mitarbeitende in den EG 8-13 | 200 € |
| c) für Auszubildende und Anerkennungspraktikanten | 100 € |

§ 21 AVR-EmK gilt entsprechend. Maßgeblich sind die jeweiligen Verhältnisse am 1. Oktober 2022. Abweichend von Satz 1 errechnet sich die Corona-Prämie für Mitarbeitende, deren Beschäftigungsverhältnis nicht an allen Tagen im Jahr 2022 besteht, aus einem Sechstel des in Satz 1 bzw.

Satz 2 genannten Betrages für jeden vollständigen Beschäftigungsmonat im Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2022.

4. Die Corona-Prämie ist spätestens mit der Gehaltsabrechnung für den Monat Dezember 2022 auszusahlen. Die Corona-Prämie ist kein zusatzversorgungspflichtiges Entgelt. Sie ist bei der Bemessung sonstiger Leistungen im Jahr 2022 (z.B. Anlage 14) nicht zu berücksichtigen.
5. Zu demselben Zweck vom Dienstgeber freiwillig oder aufgrund gesetzlicher Grundlage (vgl. § 150a SGB XI, § 26e KHG) geleistete Zahlungen im Jahr 2022 werden auf den Anspruch auf die Corona-Prämie nach I. 1. angerechnet.

II. Corona-Prämie (Anlage 8a)

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Ärztinnen und Ärzte, die unter den Geltungsbereich der Anlage 8a AVR-EmK fallen, haben Anspruch auf eine einmalige Corona-Sonderzahlung (Corona-Prämie). Der Anspruch setzt das Bestehen eines Dienstverhältnisses am 31. Dezember 2021 und dem 1. Juli 2022 voraus. Zwischen dem 31. Dezember 2021 und dem 1. Juli 2022 muss mindestens an einem Tag Anspruch auf Entgelt bestanden haben.
- (2) Anspruch auf Entgelt im Sinne des Absatzes 1 sind auch der Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, im Fall des Erholungs- bzw. Zusatzurlaubs, bei Dienstbefreiung sowie der Anspruch auf Jubiläumszuwendung und der Anspruch auf Krankengeldzuschuss, auch wenn dieser wegen der Höhe der Barleistungen des Sozialversicherungsträgers nicht gezahlt wird. Einem Anspruch auf Entgelt gleichgestellt ist der Bezug von Krankengeld nach § 45 SGB V oder entsprechender gesetzlicher Leistungen, Kurzarbeitergeld und der Bezug von Mutterschaftsgeld nach § 19 MuSchG.

Anmerkung zu Absatz 1:

Die einmalige Corona-Prämie wird zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitsentgelt gewährt. Es handelt sich um eine Beihilfe bzw. Unterstützung des Arbeitgebers zur Abmilderung der zusätzlichen Belastung durch die Corona-Krise im Sinne des § 3 Nummer 11b des Einkommensteuergesetzes.

§ 2 Höhe der Corona-Prämie

- (1) Die Corona-Prämie beträgt 200 €. § 21 AVR-EmK gilt entsprechend. Maßgeblich sind die jeweiligen Verhältnisse am 1. Juli 2022.
- (2) Die Corona-Prämie wird mit der Gehaltsabrechnung nach § 21a AVR-EmK für den Monat Oktober 2022 fällig. Die Corona-Prämie ist kein zusatzversorgungspflichtiges Entgelt.

- (3) Zu demselben Zweck vom Dienstgeber geleistete Zahlungen im Jahr 2022, auf die kein gesetzlicher Anspruch bestand, werden auf den Anspruch auf die Corona-Prämie nach den § 1 i.V.m § 2 Absatz 1 angerechnet. Die einmalige Corona-Prämie ist bei der Bemessung sonstiger Leistungen im Jahr 2022 nicht zu berücksichtigen.

III. Eingruppierung Anlage 1

Änderungen zum 1. September 2022

1. In der Anlage 1 werden die Richtbeispiele der Entgeltgruppe 7 A wie folgt geändert:
 - a) Die Wörter „Alten-, Gesundheits- und Krankenpflegerin,“ werden ersetzt durch die Wörter „Pflegefachfrau¹,“
 - b) Nach dem gemäß Nr. 1 a) neu gefassten Richtbeispiel wird folgendes neues Richtbeispiel ergänzt: „Hebamme/Entbindungspfleger,“
 - c) Nach dem Wort „Ergotherapeutin,“ wird folgendes neues Richtbeispiel ergänzt: „Logopädin,“
2. In der Anlage 1 werden die Richtbeispiele der Entgeltgruppe 8 A wie folgt geändert:
 - a) Die Wörter „Gesundheits- und Krankenpfleger/in im OP-Dienst und in der Intensivpflege,“ werden ersetzt durch die Wörter „Pflegefachfrau im OP-Dienst und in der Intensivpflege im Krankenhaus,“
 - b) Die Wörter „Fachpflegekräfte in der Psychiatrie mit entsprechender Tätigkeit oder Gesundheits- und Krankenpfleger/in mit vergleichbaren Aufgaben,“ werden ersetzt durch die Wörter „Fachpflegekräfte in der Psychiatrie mit entsprechender Tätigkeit oder Pflegefachfrau in der Psychiatrie mit vergleichbaren Aufgaben²,“

Änderungen zum 1. Januar 2023

1. In der Anlage 1 werden die Richtbeispiele der Entgeltgruppe 8 A wie folgt geändert:
 - a) Hinter die Wörter „Pflegefachfrau im OP-Dienst und in der Intensivpflege im Krankenhaus“ werden folgende Wörter angefügt „oder in vergleichbaren speziellen Einrichtungen bzw. Einrichtungsteilen und entsprechender Tätigkeit,“;
 - b) Nach den Wörtern „Fachpflegekräfte in der Psychiatrie mit entsprechender Tätigkeit oder Pflegefachfrau in der Psychiatrie mit vergleichbaren Aufgaben“ wird folgendes neues Richtbeispiel ergänzt: „Hebamme/Entbindungspfleger mit speziellen Aufgaben und entsprechenden Kenntnissen (z.B. in Level-1-Perinatalzentren),“

¹ Alten-, Gesundheits- und Krankenpflegerin (vgl. § 64 Pflegeberufegesetz)

² Beschluss des Schlichtungsausschusses des Arbeitsrechtlichen Kommission des Diakonischen Werkes der EKD vom 21.10.2013: „Gesundheitspflegern/innen in der Psychiatrie, die am 31.10.2013 in der Entgeltgruppe 8 A eingruppiert sind, wird für die Dauer ihres Arbeitsverhältnisses ein dynamischer Besitzstand garantiert.“, vgl. hierzu auch das Rundschreiben der Geschäftsstelle der Arbeitsrechtlichen Kommission vom 24.10.2013.

- c) Nach den Wörtern „Heilerziehungspflegerin mit speziellen Aufgaben und entsprechenden Kenntnissen“ wird der folgende Klammerzusatz eingefügt „(z.B. in Einrichtungen bzw. Einrichtungsteilen mit entsprechenden Aufgabenschwerpunkten zur Betreuung von Menschen mit Einsatz freiheitsentziehender Maßnahmen oder von Menschen mit besonders komplexen und intensiven Unterstützungsbedarfen);

IV. Entgeltentwicklung 2023; Erhöhungen der Anlagen 2, 5 und 10 zum 1. Januar 2023

1. Die Tabellenwerte der Anlage 2 werden zum 1. Januar 2023 um 5,2 v.H. erhöht, mindestens jedoch um 175 €. Die Tabellenwerte der EG 1 der Anlage 2 werden bereits zum 01.10.2022 entsprechend erhöht.
2. Die Anlage 5 wird wie aus dem Anhang ersichtlich neu gefasst.
Die sich aus den Erhöhungen ergebenden neuen Werte der Anlage 9 bzw. der Anlage 7a werden als Anlage zu diesem Rundschreiben veröffentlicht.
3. Die Tabellenwerte der Ausbildungsentgelte
 - a) in Anlage 10a Ziffer I und Ziffer II (mit Ausnahme des Kinderzuschlages) werden zum 1. Januar 2023 um 100 € erhöht
 - b) im Anhang der Anlage 10/III sowie in Ziffer III der Anlage 10a werden zum 1. Januar 2023 um 120 € erhöht.

V. Fachkraftzulage

In § 14 wird in Absatz 2 nach dem Buchstaben f) folgender Buchstabe g) eingefügt:

„g) der Entgeltgruppen 7 A Nr. 1a und 8 A Nr. 1 a mit ausdrücklich übertragenen

aa. Tätigkeiten in der Pflege in Krankenhäusern gemäß § 107 Abs. 1 SGB V in der unmittelbaren pflegerischen Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen in Krankenhäusern gemäß § 17b Abs. 4 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) i.V.m. § 6a Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) oder

bb. Tätigkeiten in der Pflege in Einrichtungen der Altenpflege oder

cc. Tätigkeiten in der Pflege und in der Betreuung in stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe im Bereich Wohnen

erhalten eine monatliche Zulage in Höhe von 100 €. Die Zulage erhalten auch Mitarbeitende der Anlage 1 Entgeltgruppe 8 B Nr. 1a soweit ihnen zusätzlich zu den in Satz 1 unter aa) bis cc) genannten Tätigkeiten entsprechende Leitungsaufgaben übertragen worden sind. Auf Basis einzelvertraglicher Vereinbarungen gezahlte Zulagen für die in Satz 1 und Satz 2 genannten Tätigkeiten werden auf die Zulagen nach Absatz 2 g) angerechnet.“

Inkrafttreten: 1. Januar 2023

VI. Entgeltumwandlung für Sachleistungen

Nach § 27b wird ein neuer § 27c eingefügt:

Entgeltumwandlung für Sachleistungen gemäß § 8 Abs. 2 EStG

- (1) In einer Dienstvereinbarung können Regelungen zur Umwandlung von tariflichem Entgelt für Sachleistungen (ausschließlich Fahrrad bzw. Elektrofahrrad) vereinbart werden.
- (2) Bei der Entgeltumwandlung für Sachleistungen im Sinne von Absatz 1 wird das Tabellenentgelt des Mitarbeiters bzw. der Mitarbeiterin gemäß Anlage 2, Anlage 5 oder Anhang 1 der Anlage 8a um den umzuwandelnden Entgeltbetrag herabgesetzt. Der Dienstgeber bzw. die Dienstgeberin gewährt stattdessen steuerfreie bzw. pauschal zu versteuernde Vergütungsbestandteile nach § 8 Absatz 2 EStG.
- (3) Vor der Entstehung der Vergütungsansprüche im Zuge der Entgeltumwandlung ist der Dienstvertrag entsprechend Absatz 1 bis 3 zu ändern.

Anmerkung zu Absatz 3:

Die Gehaltsumwandlung aus dem Bruttoentgelt wird steuerlich nur anerkannt, wenn der Dienstvertrag entsprechend geändert wird. Aus dem Dienstvertrag müssen sich der Verzicht auf einen Teil des Bruttoentgelts und die stattdessen vom Dienstgeber / von der Dienstgeberin gewährten steuerfreien bzw. pauschal zu versteuernde Vergütungsbestandteile nach § 8 Absatz 2 EStG ergeben.

- (4) Die Dienstvereinbarung muss folgenden Mindestinhalt haben:
 - a) berechnete Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Mitarbeiterkreis)
 - b) Art der Sachleistung gemäß § 8 Absatz 2 EStG im Sinne von Absatz 1
 - c) Antragsvoraussetzungen für den Mitarbeiter bzw. die Mitarbeiterin: Form, Frist, Art der Sachleistung, Umfang der Entgeltumwandlung (welche Bestandteile der künftigen Entgeltansprüche in welchem Umfang umgewandelt werden sollen), Beginn, Dauer
 - d) Regelung für Zeiten, in denen der Mitarbeiter bzw. die Mitarbeiterin kein Entgelt erhält
 - e) Regelung bei Änderung oder Beendigung der Entgeltumwandlung (Form, Frist)
 - f) Bindungsdauer
 - g) Übernahme der Kosten einer abzuschließenden Diebstahlversicherung durch den Dienstgeber bzw. die Dienstgeberin
 - h) dienstvertragliche Vereinbarung
- (5) Die Dienstgeberin bzw. der Dienstgeber hat die Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter vor Änderung des Dienstvertrages im Sinne des Absatz 3 den Inhalt der Dienstvereinbarung gemäß Absatz 4 zu

erläutern und abstrakt-generell darauf hinzuweisen, dass aus der Entgeltumwandlung ggf. Nachteile, etwa durch die zeitliche Bindung, Ablösesummen oder niedrigere Leistungen aus der Sozialversicherung, entstehen können.

Inkrafttreten mit Veröffentlichung

Anhang

Sonderstufenentgelte - gültig ab 1. Januar 2023 -	
Entgeltgruppe	110 v.H.
EG 1	2.325,53 €
EG 2	2.631,04 €
EG 3	2.934,37 €
EG 4	3.145,15 €

VII. Entgeltentwicklung 2022 (Anlage 8a)

§ 1 Änderungen der Anlage 8a zu den AVR-EmK zum 1. Januar 2022

Die Anlage 8a zu den AVR wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Abs. 2 Satz 2 werden die Wörter „ab 1. Januar 2019 in Höhe von 26,77 Euro, ab 1. Januar 2020 in Höhe von 27,31 Euro und ab dem 1. Januar 2021 in Höhe von 27,86 Euro“ durch die Wörter „ab 1. Januar 2022 in Höhe von 28,79 Euro“ ersetzt.
2. § 11 Abs. 2 wird wie folgt geändert
 - a) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„(2) ¹Für die als Arbeitszeit gewertete Zeit des Bereitschaftsdienstes wird ab dem 1. Januar 2022 das nachstehende Entgelt (in Euro) je Stunde gezahlt:

AVR-EmK Anlage 8a Stundenentgelte Bereitschaftsdienst ab 1. Januar 2022						
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
EG I	31,26 €	31,26 €	32,44 €	32,44 €	33,63 €	33,63 €
EG II	37,17 €	37,17 €	38,35 €	38,35 €	39,55 €	39,55 €
EG III	40,13 €	40,13 €	41,31 €			
EG IV	43,67 €	43,67 €				

- b) In Satz 3 wird die Angabe „30. September 2021“ durch die Angabe „31. Dezember 2022“ ersetzt.
3. Der Anhang 1 zur Anlage 8a wird wie aus dem Anhang ersichtlich gefasst.
4. In § 1 Absatz 2 der Anlage 8a wird folgender Satz 4 angefügt:

„§ 28 a Absatz 1 Satz 1 gilt ab dem 01.01.2023 mit der Maßgabe, dass der Erholungsurlaub für Ärztinnen und Ärzte 31 Tage beträgt.“
5. In § 2 wird folgender neuer Abs. 8 angefügt.

„Der Arbeitgeber übernimmt die Kosten für den elektronischen Heilberufsausweis (eHBA) als zusätzliches Arbeitsmittel für Ärztinnen und Ärzte.“

§ 2 Änderungen der Anlage 8a zu den AVR-EmK zum 1. Januar 2023

Die Anlage 8a zu den AVR wird wie folgt geändert:

1. § 9 Absatz 8 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „Der Arzt“ durch die Wörter „Die Ärztin/der Arzt“ ersetzt.
- b) In Satz 2 werden die Wörter „der Arzt“ durch die Wörter „die Ärztin/der Arzt“ ersetzt.
- c) Nach Satz 3 werden folgende Sätze 4 bis 8 eingefügt:

„⁴Im Kalendermonat sind nicht mehr als 13 Rufbereitschaften zu leisten. ⁵Darüber hinausgehende Rufbereitschaften sind nur zu leisten, wenn andernfalls eine Gefährdung der Patientensicherheit droht. ⁶Bei teilzeitbeschäftigten Ärztinnen und Ärzten ist die Höchstgrenze nach Satz 4 entsprechend dem Verhältnis ihrer individuell vereinbarten durchschnittlichen regelmäßigen Arbeitszeit zur regelmäßigen Arbeitszeit vergleichbarer vollzeitbeschäftigter Ärztinnen und Ärzte zu kürzen. ⁷Verbleibt bei der Berechnung nach Satz 6 ein Bruchteil, der mindestens einen halben Dienst ergibt, wird er auf einen vollen Dienst aufgerundet; Bruchteile von weniger als einem halben Dienst bleiben unberücksichtigt. ⁸§ 9 Absatz 10 Satz 5 und 6 gelten entsprechend.“

- d) Der bisherige Satz 4 wird Satz 9.
- e) Nach Satz 9 wird folgende Anmerkung angefügt:

„Anmerkung zu § 9 Abs. 8 Satz 4:

Eine Rufbereitschaft umfasst maximal die Zeitspanne von 24 Stunden.“

2. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 10 wird wie folgt gefasst:

„(10) ¹Bei der Anordnung von Bereitschaftsdiensten gemäß der Absätze 2 bis 5 hat die Ärztin/der Arzt grundsätzlich innerhalb eines Kalendermonats nur bis zu vier Bereitschaftsdienste zu leisten. ²Darüber hinausgehende Bereitschaftsdienste sind nur zu leisten, wenn andernfalls eine Gefährdung der Patientensicherheit droht. ³Bei teilzeitbeschäftigten Ärztinnen und Ärzten ist die Höchstgrenze nach Satz 1 entsprechend dem Verhältnis ihrer individuell vereinbarten durchschnittlichen regelmäßigen Arbeitszeit zur regelmäßigen Arbeitszeit vergleichbarer vollzeitbeschäftigter Ärztinnen und Ärzten zu kürzen. ⁴Verbleibt bei der Berechnung nach Satz 3 ein Bruchteil, der mindestens einen halben Dienst ergibt, wird er auf einen vollen Dienst aufgerundet; Bruchteile von weniger als einem halben Dienst bleiben unberücksichtigt. ⁵Zur Gewährleistung einer dauerhaft guten Patientenversorgung oder zum Ausgleich eines kurzfristigen Personalengpasses kann im Rahmen der Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes eine höhere als die in Satz 1 bis Satz 3 vorgesehene Dienstbelastung durch Nebenabrede zum Dienstvertrag

vereinbart werden. ⁶Die Nebenabrede i.S.v. Satz 5 ist mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderhalbjahres kündbar. ⁷In dieser Nebenabrede kann auch ein weiterer Ausgleich z.B. durch zusätzliche Urlaubstage vereinbart werden. ⁸Die Vergütung der über die Grenze von Satz 1 i.V.m. Satz 3 hinaus geleisteten Bereitschaftsdienste richtet sich stets nach § 11 Abs. 3.

Anmerkungen zu Absatz 10:

Bei der Teilung von Wochenenddiensten werden Bereitschaftsdienste bis zu maximal zwölf Stunden mit 0,5 eines Dienstes gewertet.

b) Absatz 11 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„²Wird die vorstehende Frist nicht eingehalten, so erhöht sich die Bewertung des Bereitschaftsdienstes gemäß § 11 Abs. 1 Satz 1 für jeden Dienst des zu planenden Folgemonats um 17,5 Prozentpunkte bzw. wird zusätzlich zum Rufbereitschaftsentgelt ein Zuschlag von 17,5 Prozent des Entgelts gemäß § 10 Abs. 3 auf jeden Dienst des zu planenden Folgemonats gezahlt.“

bb) Satz 5 wird wie folgt gefasst:

„⁵Liegen bei einer notwendigen Dienstplanänderung nach Satz 3 zwischen der Dienstplanänderung und dem Antritt des Dienstes weniger als drei Tage, erhöht sich die Bewertung des Bereitschaftsdienstes gemäß § 11 Abs. 1 Satz 1 um 17,5 Prozentpunkte bzw. wird zusätzlich zum Rufbereitschaftsentgelt ein Zuschlag von 17,5 Prozent des Entgelts gemäß § 10 Abs. 3 gezahlt.“

3. § 9 Absatz 12 wird wie folgt gefasst:

„(12) ¹Arbeitsleistungen (regelmäßige Arbeit, Bereitschaftsdienst, Rufbereitschaft) am Wochenende (Freitag ab 21 Uhr bis Montag 5 Uhr) dürfen an höchstens zwei Wochenenden im Kalendermonat angeordnet werden. ²Die Arbeitsleistung an einem Wochenende wird jeweils dem Kalendermonat zugeordnet, in dem sie begonnen hat. ³Darüber hinaus dürfen weitere Arbeitsleistungen (regelmäßige Arbeit, Bereitschaftsdienst, Rufbereitschaft) nur angeordnet werden, wenn andernfalls eine Gefährdung der Patientensicherheit droht. ⁴Jedenfalls ein freies Wochenende pro Kalendermonat ist zu gewährleisten. ⁵§ 9 Absatz 10 Satz 5 und 6 gelten entsprechend. ⁶Wochenenden, an denen gemäß Satz 3 weitere Arbeitsleistung angeordnet wurde, sollen durch eine geringere Anzahl von Dienstwochenenden innerhalb von drei Monaten kompensiert werden. ⁷Für die im Kalendermonat aufgrund Satz 3 und Satz 5 über die Grenze in Satz 1 hinaus an zusätzlichen Wochenenden angeordnete Arbeitsleistung wird bei Vollarbeit das Entgelt je Stunde um 10 Prozent, bei Bereitschaftsdienst die Bewertung des Bereitschaftsdienstes gemäß § 11 Abs. 1 Satz 1 um 10 Prozentpunkte und die Rufbereitschaftsvergütung gemäß § 10 Abs. 3 um 10 Prozent erhöht.“

4. In § 9 wird folgender neuer Absatz 13 eingefügt:

„(13) ¹Bei vollzeitbeschäftigten Ärztinnen und Ärzten, die sowohl Bereitschaftsdienst als auch Rufbereitschaft leisten, gilt, dass diese im Kalendermonat bei einem Bereitschaftsdienst höchstens noch zu zehn Rufbereitschaften, bei zwei Bereitschaftsdiensten höchstens noch zu sieben Rufbereitschaften, bei drei Bereitschaftsdiensten höchstens noch zu vier Rufbereitschaften und bei vier Bereitschaftsdiensten zu keiner Rufbereitschaft sowie bei bis zu vier Rufbereitschaften höchstens noch zu drei Bereitschaftsdiensten, bei mehr als vier bis zu sieben Rufbereitschaften höchstens noch zu zwei Bereitschaftsdiensten, bei mehr als sieben bis zu zehn Rufbereitschaften höchstens noch zu einem Bereitschaftsdienst und bei mehr als zehn Rufbereitschaften zu keinem Bereitschaftsdienst herangezogen werden dürfen. ²Bei teilzeitbeschäftigten Ärztinnen und Ärzten ist das Verhältnis ihrer individuell vereinbarten durchschnittlichen regelmäßigen Arbeitszeit zur regelmäßigen Arbeitszeit vergleichbarer vollzeitbeschäftigter Ärztinnen und Ärzten zu berücksichtigen. ³§ 9 Absatz 10 Satz 5 und 6 gelten entsprechend. ⁴Für über die Anzahl nach den Sätzen 1 oder 2 hinaus angeordnete Bereitschaftsdienste oder Rufbereitschaften gelten die jeweils einschlägige Bewertungsregelung (§ 11 Abs. 3) oder Zuschlagsregelung (§ 10 Abs. 3 Sätze 10 bis 12).

Anmerkung zu § 9 Abs. 13 Satz 2:

1. Bei teilzeitbeschäftigten Ärztinnen und Ärzten, die sowohl Bereitschaftsdienst als auch Rufbereitschaft leisten, wird ein Bereitschaftsdienst mit 13 Punkten und eine Rufbereitschaft mit 4 Punkten gewertet.
2. ¹Die zulässige Anzahl gemäß Absatz 8 Satz 4 und Absatz 10 Satz 1 gilt dann als erreicht, sofern die gegenseitige Anrechnung der Dienste einen Punktwert entsprechend dem Verhältnis ihrer individuell vereinbarten durchschnittlichen regelmäßigen Arbeitszeit zur regelmäßigen Arbeitszeit vergleichbarer vollzeitbeschäftigter Ärztinnen und Ärzten (52 Punkte) erreicht. ²Ergibt sich bei Berechnungen nach Satz 1 ein Bruchteil von mindestens 0,5, ist er aufzurunden; Bruchteile von weniger als 0,5 werden abgerundet.
3. Ein Rest von bis zu 3 Punkten bleibt hierbei unberücksichtigt.“

5. § 10 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 werden nach dem Satz 9 folgende neue Sätze 10 bis 12 angefügt:

„¹⁰Ab der vierzehnten Rufbereitschaft im Kalendermonat erhält die Ärztin/der Arzt zusätzlich zum Rufbereitschaftsentgelt einen Zuschlag von 10 Prozent des Entgelts gemäß § 10 Abs. 3. ¹¹Der Zuschlag nach Satz 10 erhöht sich nach jeder weiteren dritten Rufbereitschaft um jeweils weitere 10 Prozentpunkte. ¹²Teilzeitbeschäftigte Ärztinnen und Ärzte erhalten den Zuschlag nach Satz 10 ab Überschreitung der sich aus § 9 Abs. 8 Sätze 6 und 7 ergebenden Anzahl an Rufbereitschaften.“

- b) Nach Absatz 3 wird folgender neuer Absatz 4 eingefügt:

„(4) ¹Für Inanspruchnahmen innerhalb der Rufbereitschaft in der Zeit zwischen 0 Uhr und 6 Uhr erhält die Ärztin/der Arzt zusätzlich zu dem Entgelt für Überstunden sowie etwaigen Zeitzuschlägen (Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 3 Sätze 4 bis 6) einen gesonderten Zuschlag. ²Dieser beträgt 50 Prozent des Rufbereitschaftsentgelts nach Absatz 3 Satz 5. ³Zur Berechnung des Zuschlags nach Satz 1 sind Inanspruchnahmezeiten in der Zeit zwischen 0 Uhr und 6 Uhr von unter einer Stunde auf eine Stunde zu runden; überschreitet die Addition der Inanspruchnahmezeiten in der Zeit zwischen 0 Uhr und 6 Uhr die Zeitspanne von einer Stunde, findet keine Rundung statt. ⁴Der Zuschlag nach Satz 1 ist auf die im Folgemonat geäußerte Erklärung der Ärztin/des Arztes hin im Verhältnis 1:1 bis zum Ende des dritten Kalendermonats, der auf seine Entstehung folgt, in Freizeit auszugleichen; Satz 1 der Anmerkung zu Absatz 1 Satz 2 Buchst. d findet entsprechend Anwendung.“

- c) Die bisherigen Absätze 4, 5 und 6 werden Absätze 5, 6 und 7.

6. In § 11 Absatz 3 werden Satz 4 gestrichen und folgende neue Sätze 4 und 5 eingefügt:

„⁴Bei teilzeitbeschäftigten Ärztinnen und Ärzten verringert sich die Zahl der Bereitschaftsdienste nach Satz 3 entsprechend dem Verhältnis ihrer individuell vereinbarten durchschnittlichen regelmäßigen Arbeitszeit zur regelmäßigen Arbeitszeit vergleichbarer vollzeitbeschäftigter Ärztinnen und Ärzte. ⁵Verbleibt bei der Berechnung nach Satz 4 ein Bruchteil, der mindestens einen halben Dienst ergibt, wird er auf einen vollen Dienst aufgerundet; Bruchteile von weniger als einem halben Dienst bleiben unberücksichtigt.“

7. § 22 Absatz 1 Buchstabe a wird bei gleichzeitiger Streichung von Abs. 7 wie folgt geändert:

- a) Das Komma am Ende des zweiten Halbsatzes wird durch ein Semikolon ersetzt.
- b) Nach dem neu eingefügten Semikolon werden die Wörter „bei Ärztinnen und Ärzten, die Pflichtmitglieder einer auf landesrechtlicher Grundlage errichteten Versorgungseinrichtung für Ärztinnen und Ärzte bzw. Zahnärztinnen und Zahnärzte (ärztliche Versorgungswerke) sind, endet das Arbeitsverhältnis abweichend davon mit Erreichen der für das jeweilige ärztliche Versorgungswerk geltenden Altersgrenze für eine abschlagsfreie Altersrente, sofern dies zu einem späteren Zeitpunkt als dem gesetzlich festgelegten Alter zum Erreichen einer abschlagsfreien Regelaltersgrenze erfolgt,“ angefügt.

Anhang

AVR-EmK Anlage 8a Anhang 1						
Monatsentgelte (40 Wochenstunden) - gültig ab 01.01.2022 -						
EG I	1. Jahr 4.852,02 €	2. Jahr 5.127,08 €	3. Jahr 5.323,50 €	4. Jahr 5.663,98 €	5. Jahr 6.069,96 €	6. Jahr 6.236,95 €
EG II	1. Jahr 6.403,90 €	4. Jahr 6.940,83 €	7. Jahr 7.412,30 €	9. Jahr 7.687,33 €	11. Jahr 7.955,76 €	13. Jahr 8.224,22 €
EG III	1. Jahr 8.021,27 €	4. Jahr 8.492,71 €	7. Jahr 9.167,18 €			
EG IV	1. Jahr 9.435,59 €	4. Jahr 10.110,10 €				

Anlage 2 AVR-EmK - gültig ab 1. Januar 2023 -									
EG	Einarbeitungsstufe		Basisstufe		Erfahrungsstufe 1		Erfahrungsstufe 2		Erfahrungsstufe 3
	Entgelt	Verweildauer (Monate)	Entgelt	Verweildauer (Monate)	Entgelt	Verweildauer (Monate)	Entgelt	Verweildauer (Monate)	Entgelt
1			2.114,12 €	24	2.208,58 €				
2			2.391,85 €	48	2.500,26 €				
3	2.542,98 €	6	2.667,61 €	48	2.792,24 €				
4	2.725,02 €	12	2.859,23 €	48	2.993,43 €				
5	2.953,63 €	24	3.099,87 €	48	3.246,12 €	48	3.392,36 €		
6	3.060,36 €	24	3.212,22 €	48	3.364,09 €	48	3.515,96 €		
7	3.432,80 €	24	3.603,87 €	48	3.780,53 €	48	3.957,18 €	48	4.045,52 € "
8	3.772,69 €	24	3.967,17 €	48	4.161,64 €	48	4.356,10 €	48	4.453,34 €
9	4.122,62 €	24	4.335,12 €	48	4.547,63 €	48	4.760,13 €	48	4.866,39 €
10	4.685,74 €	24	4.927,27 €	48	5.168,81 €	48	5.410,34 €	48	5.531,11 €
11	5.320,89 €	24	5.595,16 €	48	5.869,42 €	48	6.143,70 €	48	6.280,84 €
12	5.606,11 €	24	5.895,09 €	48	6.184,07 €	48	6.473,04 €	48	6.617,53 €
13	6.335,39 €	24	6.661,96 €	48	6.988,52 €	48	7.315,08 €	48	7.478,37 €

Anl. 5 AVR-EmK - gültig ab 1. Januar 2023 -	
Entgeltgruppe	110 v.H.
1	2.325,53 €
2	2.631,04 €
3	2.934,37 €
4	3.145,15 €

Anlage 9 AVR-EmK - gültig ab 1. Januar 2023 -							
Entgelt- gruppe	Stundenentgelt nach § 20 a Abs. 1 AVR	Zeitzuschlag für Überstunden 30/25/ 20/15 v.H.	Überstunden- entgelt nach Anlage 8 AVR	Zeitzuschlag für Arbeiten an Sonntagen und Wochenfeiertagen 35 v.H.	Zeitzuschlag für Arbeiten an Wochenfeier- tagen, die auf einen Sonntag fallen 50 v.H.	Nacharbeits- zuschlag 25 v.H.	Samstags - zuschlag 15 v.H.
1	12,97 €	3,89 €	16,86 €	4,54 €	6,48 €	3,24 €	1,94 €
2	14,67 €	4,40 €	19,07 €	5,13 €	7,33 €	3,67 €	2,20 €
3	16,36 €	4,91 €	21,27 €	5,73 €	8,18 €	4,09 €	2,45 €
4	17,54 €	4,38 €	21,92 €	6,14 €	8,77 €	4,38 €	2,63 €
5	19,01 €	4,75 €	23,76 €	6,65 €	9,51 €	4,75 €	2,85 €
6	19,70 €	4,93 €	24,63 €	6,90 €	9,85 €	4,93 €	2,96 €
7	22,10 €	5,53 €	27,63 €	7,74 €	11,05 €	5,53 €	3,32 €
8	24,33 €	4,87 €	29,20 €	8,52 €	12,17 €	6,08 €	3,65 €
9	26,59 €	3,99 €	30,58 €	9,31 €	13,29 €	6,65 €	3,99 €
10	30,22 €	4,53 €	34,75 €	10,58 €	15,11 €	7,55 €	4,53 €
11	34,32 €	5,15 €	39,46 €	12,01 €	17,16 €	8,58 €	5,15 €
12	36,16 €	5,42 €	41,58 €	12,65 €	18,08 €	9,04 €	5,42 €
13	40,86 €	6,13 €	46,99 €	14,30 €	20,43 €	10,21 €	6,13 €

Anlage 10 a AVR-EmK - gültig ab 1. Januar 2023 -

Soweit die Ausbildungsbestimmungen nach abgelegtem Examen ein Praktikum zur Erlangung der staatlichen Anerkennung vorschreiben, erhalten die Praktikantinnen und Praktikanten das nachstehende monatliche Ausbildungsentgelt:

I. Für die Berufe	Entgelt	Kinderzuschlag
der Sozialarbeiterin, des Sozialarbeiters	2.112,14 €	71,36 €
der Sozialpädagogin, des Sozialpädagogen	2.112,14 €	71,36 €
der Heilpädagogin, des Heilpädagogen	2.112,14 €	71,36 €
der pharm.-techn. Assistentin, des pharm.-techn. Assistenten	1.823,34 €	68,00 €
der Altenpflegerin, des Altenpflegers	1.823,34 €	68,00 €
der Erzieherin, des Erziehers	1.823,34 €	68,00 €
der Heilerziehungspflegerin, des Heilerziehungspflegers	1.823,34 €	68,00 €
der Kinderpflegerin, des Kinderpflegers	1.750,13 €	68,00 €
der Haus- und Familienpflegerin, des Haus- und Familienpflegers	1.750,13 €	68,00 €
der Rettungsassistentin, des Rettungsassistenten	1.750,13 €	68,00 €
der Masseurin und med. Bademeisterin, des Masseurs und med. Bademeisters	1.750,13 €	68,00 €
II. Auszubildende		
Das Ausbildungsentgelt beträgt:		
im ersten Ausbildungsjahr	1.063,91 €	
im zweiten Ausbildungsjahr	1.130,17 €	
im dritten Ausbildungsjahr	1.189,76 €	
im vierten Ausbildungsjahr	1.275,88 €	
III. Im Pflegedienst		
Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflege, Kinderkrankenpflege, Entbindungspflege und Altenpflege:		
im ersten Ausbildungsjahr	1.310,71 €	
im zweiten Ausbildungsjahr	1.383,83 €	
im dritten Ausbildungsjahr	1.483,05 €	
Schülerinnen und Schüler in der Kranken- pflegehilfe und in der Altenpflegehilfe		
	1.180,15 €	

Anlage 10/III AVR-EmK - gültig ab 1. Januar 2023 -

Ausbildungsjahr	Ausbildungsentgelt nach § 7 Anlage 10/III AVR	Stundenentgelt nach § 20 a Abs. 1 AVR	Zeitzuschlag für Überstunden 30 v.H.	Überstundenentgelt nach der Anlage 8 AVR 30 v.H.	Zeitzuschlag für Arbeiten an Sonntagen und Wochenfeiertagen 35 v.H.	Zeitzuschlag für Arbeiten an Wochenfeiertagen, die auf einen Sonntag fallen 50 v.H.	Nacharbeitszuschlag 25 v.H.	Samstagszuschlag 15 v.H.
1	1.310,71 €	7,73 €	2,32 €	10,05 €	2,71 €	3,87 €	1,93 €	1,16 €
2	1.383,83 €	8,16 €	2,45 €	10,61 €	2,86 €	4,08 €	2,04 €	1,22 €
3	1.483,05 €	8,75 €	2,63 €	11,38 €	3,06 €	4,38 €	2,19 €	1,31 €

Wechselschichtzulage nach § 7 Abs. 4 i.V.m. § 20 Abs. 1 AVR	97,50 €
Schichtzulage nach § 7 Abs. 4 i.V.m. § 20 Abs. 3 a) AVR	37,50 €
Schichtzulage nach § 7 Abs. 4 i.V.m. § 20 Abs. 3 b) AVR	30,00 €

Vertretungszuschlag I nach § 7 Abs. 4 i.V.m. § 20b Abs. 1 Satz 4	22,50 €
Vertretungszuschlag II nach § 7 Abs. 4 i.V.m. § 20b Abs. 1 Satz 5	33,75 €
Vertretungszuschlag III nach § 7 Abs. 4 i.V.m. § 20b Abs. 2	45,00 €

Anlage 16 AVR-EmK Anhang 1**- gültig ab 1. Oktober 2022 -**

„Das Entgelt der Maßnahmeteilnehmenden beträgt	1.701,75 €,
ab 1. Januar 2020	1.731,38 €,
ab 1. Januar 2021	1.759,16 €,
ab 1. Juli 2021	1.777,68 €,
ab 1. Januar 2022	1.818,42 €,
ab 1. Juli 2022	1.935,08 € und
ab 1. Oktober 2022	2.222,10 €.

Das Stundenentgelt beträgt	10,04 €,
ab 1. Januar 2020	10,21 €,
ab 1. Januar 2021	10,37 €,
ab 1. Juli 2021	10,48 €,
ab 1. Januar 2022	10,72 €,
ab 1. Juli 2022	11,41 € und
ab 1. Oktober 2022	13,10 €."

AVR EmK– Monatsentgelte gültig 1. Januar 2022 monatlich in Euro (40 Wochenstunden)						
Entgeltgruppe	Grund- entgelt	Entwicklungsstufen				
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
I	4.852,02	5.127,07	5.323,50	5.663,98	6.069,96	6.236,95
II	6.403,90	6.940,83	7.412,30	7.687,33	7.955,76	8.224,22
III	8.021,27	8.492,71	9.167,18	-	-	-
IV	9.435,59	10.110,10	-	-	-	-

AVR EmK – Stundenentgelte gültig 1. Januar 2022						
Entgeltgruppe	Grund- entgelt	Entwicklungsstufen				
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
I	27,90	29,48	30,61	32,57	34,90	35,86
II	36,82	39,91	42,62	44,20	45,74	47,29
III	46,12	48,83	52,71	-	-	-
IV	54,25	58,13	-	-	-	-

AVR EmK – Stundenentgelte Bereitschaftsdienst gültig 1. Januar 2022						
Entgeltgruppe	Grund- entgelt	Entwicklungsstufen				
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
I	31,26	31,26	32,44	32,44	33,63	33,63
II	37,17	37,17	38,35	38,35	39,55	39,55
III	40,13	40,13	41,31	-	-	-
IV	43,67	43,67	-	-	-	-